

Henrik Scheller

Europäische Identitätsbildung durch politische Kommunikation in der EU?

Sammelbesprechung

Besprochene Bücher:

- Franz HESCHL, *Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission*, Wiesbaden, Springer VS, 2013, 492 S., 39,90 €
- Claudia WIESNER, *Demokratisierung der EU durch nationale Europadiskurse? Strukturen und Prozesse europäischer Identitätsbildung im deutsch-französischen Vergleich*, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft 2014, 496 S., 79,- €
- Dennis LICHTENSTEIN, *Europäische Identitäten. Eine vergleichende Untersuchung der Medienöffentlichkeiten ost- und westeuropäischer EU-Länder*, Konstanz/München, UVK Verlagsgesellschaft 2014, 374 S., 49,- €
- Hans BICKES, Eleni BUTULUSSI, Tina OTTEN, Janina SCHENDEL, Amalia SDROULIA, Alexander STEINHOF, *Die Dynamik der Konstruktion von Differenz und Feindseligkeit am Beispiel der Finanzkrise Griechenlands: Hört beim Geld die Freundschaft auf? Kritisch-diskursanalytische Untersuchungen der Berichterstattung ausgewählter deutscher und griechischer Medien*, München: iudicium, 2012, 237 S., 25,- €
- Olga GYARFASOVA, Karin LIEBHART (Hg.), *Constructing and Communicating Europe*, Wien/Berlin, Lit 2014, 237 S., 24,90 €.
- Michael KELPANIDES, *Politische Union ohne europäischen Demos? Die fehlende Gemeinschaft der Europäer als Hindernis der politischen Integration*, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft 2013, 512 S., 79,- €.

Politische Kommunikation stellt ein zentrales Medium zur Legitimationsbildung politischer Institutionen und Entscheidungen dar: Voraussetzung für die Anerkennung der politischen Repräsentanten durch den Souverän ist immer die sprachliche Vermittlung dessen, was in komplexen politischen Entscheidungsfindungsprozessen verhandelt wird. Dies gilt in besonderer Weise für die Europäische Union, in der die demokratischen Legitimationsketten aufgrund der Mehrebenenstruktur sowie des dominierenden Einflusses nur mittelbar legitimierter Organe (Rat, Kommission, EuGH, EZB) länger sind. In der abstrakten »No-demos-Debatte« über die Frage, ob es bereits ein »Unionsvolk« gibt bzw. inwieweit eine Herausbildung eines solchen Kollektivs aufgrund des Fehlens gemeinsamer kultureller Bezugspunkte auf absehbare Zeit überhaupt wahrscheinlich ist, scheinen die Argumente hinlänglich ausgetauscht. Eine befriedigende Auflösung des da-

hinter stehenden Dilemmas konnte bisher nicht aufgezeigt werden. Vor diesem Hintergrund scheint eine pragmatische Annäherung an die durchaus drängende Legitimitätsfrage in der Union angezeigt. Nicht umsonst richten verschiedene Veröffentlichungen der jüngeren Zeit den Fokus auf die Frage, wer in der EU auf welcher Ebene mit welchen Intentionen wie kommuniziert, um auf diese Weise einen europäischen Legitimationskontext und eine entsprechende Identität zu konstruieren. Gerade die Diskussionen in den Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie der Europasozioologie scheinen dabei geeignet, um dem politikwissenschaftlichen und staatsrechtlichen Integrationsdiskurs in der Bundesrepublik – auch in methodischer Hinsicht – neue Impulse zu geben. Dass dazu aufgrund des Verbundcharakters der Union nicht nur eine Top-down Perspektive angezeigt ist, sondern auch bottum-up zu prüfen ist, wie in den Mitgliedstaaten und auf subnationaler Ebene europäische Politik kommuniziert wird, liegt auf der Hand.

Ordnet man die hier zu besprechenden Neuerscheinungen entlang der verschiedenen Ebenen im europäischen Mehrebenensystem, so lässt sich für die oberste Ebene der EU beispielhaft die Habilitation *Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission* von Franz Heschl anführen. Mit Blick auf die Frage nach der Legitimationsbildung in der EU ist die zentrale Hypothese von Heschls Arbeit ernüchternd. Denn diese lasse sich mit dem Schlagwort von der »Entpolitisierung durch Integrationsrhetorik« (S. 14) zusammenfassen. So werde die politische Dimension und Gestaltbarkeit des europäischen Integrationsprozesses in der sprachlichen Vermittlung der Europäischen Kommission verschleiert und stattdessen »als ein nicht weiter (politisch) verhandelbares Projekt oder Produkt ‚reinster‘ Rationalität« entworfen (S. 15). Ein weiteres rhetorisches Muster bilde die Betonung von »Koordination« und »Kohärenz«. Heschls Arbeit leistet sowohl inhaltlich als auch methodisch einen wichtigen Beitrag zur soziologischen Europa-Forschung, die sich seit gut zehn Jahren etabliert und dabei grundlegende Defizite der tradierten integrationstheoretischen Ansätze aufdeckt. In seiner Analyse hat Heschl 210 von insgesamt 1793 Mitteilungen der Europäischen Kommission aus den Jahren 2000 bis 2009 untersucht – vor allem zu gesellschaftlichen und ökonomischen Aspekten des Integrationsprozesses. Ihm geht es dabei weder um »Textpassagen mit dem Charakter von Sonntagsreden« noch um exakte und realistische »Beschreibungen sozialer Sachverhalte«. Vielmehr interessieren ihn die »grundsätzlichen Einschätzungen der Europäischen Kommission zum europäischen Integrationsprozess« (S. 99). Wie die untersuchungsrelevante Stichprobe genau gezogen wurde, bleibt dabei etwas unklar. Im Ergebnis sieht Heschl seine Ausgangshypothese weitgehend bestätigt. Denn ganz in der Tradition des Neofunktionalismus werde der europäische Integrationsprozess auch in der Rhetorik der Kommission »als weitgehend entpolitisierter Modernisierungsprozess im Sinne eines rationalen Fortschrittsprojektes« (S. 448) kommuniziert. Verteilungsaspekte würden weitgehend ausgeklammert. Indem oft der Anschein erweckt werde, dass es nur »einen sachlich richtigen« Prozess gäbe, der »alles für alle umfasst«, werden Konflikt vermieden bzw. nicht problematisiert. Dies spiegelt sich besonders in der vielfach genutzten Formulierung von den »Herausforderungen« (S. 187) wieder, vor denen die EU stehe. Herausforderungen sind eben keine Probleme, die ggf. auch eine kritische Selbstreflexion erfordern. Insgesamt liefert Heschl eine umfassende Analyse, die nicht nur die

Rhetorik der Kommission, sondern letztlich auch die stereotypen Semantiken des professionellen Europadiskurses demaskiert. Eine breitere Theoriebasis sowie eine Analyse zur Diffusion der Argumentationsmuster der Kommission wären wünschenswert gewesen – insbesondere anstatt der stellenweise sehr langen Originalzitate aus den untersuchten Mitteilungen.

Die vergleichende Analyse der europapolitischen Kommunikation auf nationalstaatlicher Ebene steht im Mittelpunkt von Claudia Wiesners Schrift *Demokratisierung der EU durch nationale Europadiskurse?* Der Ansatz, entsprechende Diskurse als »Medien der Konstruktion europäischer Identität« (S. 21) zu untersuchen, scheint vielversprechend. Denn unter Rückgriff auf Erkenntnisse verschiedener politikwissenschaftlicher Forschungsstrände gelingt Wiesner damit eine Verknüpfung zwischen individueller Mikro- und gesellschaftlicher Makroebene. Gleichzeitig entgeht sie so der leidigen Debatte über Existenz und Bedeutung eines europäischen Demos für die Herausbildung einer europäischen Identität, die sie gleichwohl kritisch problematisiert. Ihre Diskursanalyse mit einem »dual-case-design« (S. 22) nimmt zwei sehr unterschiedliche EU-Gründungsstaaten in den Fokus. Dazu wird die Berichterstattung in jeweils vier ausgewählten deutschen und französischen Qualitätszeitungen zum Verfassungsreferendum in Frankreich 2005 sowie zur Ratifikation der EU-Verfassung in der Bundesrepublik untersucht. Obwohl es sich bei der Buchausgabe um eine gekürzte Fassung handelt, gerät die Analyse stellenweise etwas ausladend und redundant. Dies liegt auch an Wiesners Anspruch, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der diskursanalytischen Methodendiskussion leisten zu wollen. In der Tat zeugen ihre kompilierenden Gegenüberstellungen der verschiedenen theoretischen und methodischen Ansätze von einem beachtlichen Überblick. Verschiedentlich fühlt man sich bei der Lektüre jedoch mehr an ein Lehrbuch erinnert, wozu auch die etwas inflationäre Verwendung diverser Textkästen als Hervorhebung zentraler Definitionen, Analyseschritte und Ergebnisse beiträgt. Nichtsdestotrotz bleibt anzuerkennen, dass der Autorin eine sehr strukturierte Analyse der beiden länderspezifischen Diskurse gelingt, in der die Unterschiede zwischen beiden Staaten deutlich herausgearbeitet werden. So wird erkennbar, dass die bundesdeutsche Diskussion im Jahr 2005 sehr stark durch eine von den politischen Eliten verfolgte »silencing strategy« (S. 433) geprägt wurde und dabei – im Vergleich zu Frankreich – nur geringe Resonanz in den Medien erzeugte. Durch die breite Anteilnahme der Zivilgesellschaft in Frankreich kam es dort hingegen zu einer Aufladung des Diskurses durch emotionale Momente, Stereotypen, Protestformen und (nationale) Symbole als Abgrenzung zur EU.

Auch Dennis Lichtenstein hat sich in seiner exzellenten Dissertation *Europäische Identitäten* das Ziel gesetzt, den »Selbstverständigungsdiskurs der EU in ost- und west-europäischen Ländern zu analysieren« (S. 12). Lichtenstein geht dabei der Frage nach, welche »Vorstellungen über die EU« in den »Diskursen der Länder« kursieren, wie stark »sie mit Zugehörigkeits- und Zusammengehörigkeitsbekundungen verbunden« sind und vor welchen »Kontrastfolien« (ebenda) sie sich etablieren. Es ist vor allem die weitaus-holende, dabei aber immer präzise argumentierende Entwicklung des eigenen theoretischen Rahmens auf Basis einer umfassenden Darstellung, Systematisierung und Analyse des aktuellen akademischen State of the Art zum Thema, die diese Arbeit so wertvoll für

die weitere akademische Diskussion macht. Lichtenstein nähert sich seinem Untersuchungsgegenstand über den Identitätsbegriff, den er in seiner definitorischen Unschärfe immer wieder an den europäischen Kontext rückbindet. Bedeutsam ist dabei seine Feststellung, dass der Terminus nicht nur eine relationale Dimension, sondern auch etwas »im Fluss der Zeit Befindliches, Veränderliches, Prozeßhaftes« (S. 27) aufweist. Bereits damit stellt er sich gegen die verbreitete Annahme, dass eine weitere Demokratisierung der EU nur möglich sei, wenn auch eine hinreichende Identifikation des Souveräns mit dem Integrationsprojekt bestehe. Ausführlich widmet sich Lichtenstein den (konstruktivistischen) Konzepten zur Gruppenidentität sowie den »Deutungswettbewerben um die kollektive Identität der Gruppe« (S. 45), die den gesellschaftlichen und medialen Diskurs prägen. Eine integrierende Bedeutung entfalten dabei »leere Signifikanten« (S. 47), die in ihrer Abstraktheit als Platzhalter oder Projektionsfläche für viele verschiedene soziale Einzelidentitäten die Bildung einer kollektiven Identität ermöglichen können. In seiner empirischen Medieninhaltsanalyse untersucht Lichtenstein dann auf Basis eines »Most Different System Designs« (S. 144) die Medienberichterstattung zur EU-Ost-erweiterung in den Jahren 2004 und 2007 in jeweils zwei wöchentlich erscheinenden Zeitschriften der Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Polen und Lettland. Lichtenstein kommt zu dem Schluss, dass »die Identitätsdiskurse der ost- und westeuropäischen Länder zur EU nur begrenzt systematische Unterschiede aufweisen« und stattdessen einer »national spezifischen Logik folgen« (S. 333). In jedem Mitgliedstaat existieren offenbar eigene Leitkonzeptionen für die EU, so dass eine »einheitliche Konstruktion europäischer Identität« nicht existiere und »die geteilte Zugehörigkeit zur EU« vielmehr »als ein Scheinkonsens zu charakterisieren« (S. 334) sei. Auch ein »gemeinsames konstitutives Außen der EU« als Determinante jeder Identitätsbildung bestehe nicht. Zudem sei die »Etablierung eines geteilten internen Anderen« (S. 336) längst nicht einheitlich. Gleichwohl – und darin besteht die besorgniserregende Erkenntnis dieser Analyse – richte sich die kritische Medienaufmerksamkeit hauptsächlich gegen die EU-Institutionen und einzelne andere EU-Länder. Lichtenstein schließt mit einigen interessanten Überlegungen, indem er seine Erkenntnisse zur national-segmentierten europäischen Identitätsbildung in Bezug setzt zum gegenwärtigen Krisenmanagement. So erkläre sich beispielsweise der Widerstand Großbritanniens gegen die von Deutschland und Frankreich verfolgten Strategien aufgrund ihrer Inkompatibilität mit den spezifischen Identitätsvorstellungen des Vereinigten Königreichs.

Welche Bedeutung ein »geteiltes internes Anderes« für die Identitätsbildung in Europa haben kann, verdeutlichen die neuen Konfliktlinien, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise zwischen den Mitgliedstaaten auch und gerade durch die sprachliche Vermittlung in Politik und Medien begründet worden sind. Davon sind zumindest Hans Bickes et al überzeugt, wenn sie in ihrer sprachwissenschaftlichen Untersuchung exemplarisch auf die Rhetorik der BILD-Zeitung verweisen, die von »Pleite-Griechen«, »Schuldenhalldris« und »deutschen Steuerzahler-Deppen« schreibt (S. 9). Ihr Band »*Die Dynamik der Konstruktion von Differenz und Feindseligkeit am Beispiel der Finanzkrise Griechenlands: Hört beim Geld die Freundschaft auf?*« macht die Ergebnisse einer Tagung der Abteilung für Deutsche Sprache der Universität Thessaloniki einer breiteren Öffent-

lichkeit zugänglich. Autoren aus beiden Ländern haben darin in einer kritischen Diskursanalyse die Medienberichterstattung zur Krise in deutschen und griechischen Printmedien seit Frühjahr 2010 untersucht. Für die politikwissenschaftliche Diskussion ist der Band deshalb so bemerkenswert, weil er nicht nur für die sprachlichen Verwirrungen und Entgleisungen über die Ursachen sowie den Umgang mit den Krisenfolgen im medialen Diskurs beider Länder sensibilisiert. Vielmehr liefert er eine mustergültige Anleitung zur Durchführung von Diskursanalysen. Nach einer ausführlichen Darstellung der theoretischen Grundlagen dieser Methode, erfolgt eine fachkundige Kontextualisierung des diskursrelevanten Forschungsgegenstandes. Dabei problematisieren die Autoren – betont sachlich – auch die »Schummel-Vorwürfe« als »Erklärung für die breite öffentliche Resonanz der griechischen Finanzproblematik« (S. 47) sowie die wiederholt beklagte »Schattenwirtschaft« (S. 50) in Griechenland. Der Charakterisierung und politischen Einordnung der untersuchten Printmedien, folgt eine Analyse ausgewählter Artikel. Insgesamt haben die Autoren 360 deutsche und 180 griechische Zeitungsbeiträge ausgewertet. Die Untersuchung folgte immer dem gleichen Schema und berücksichtigte dabei stets Textthema, Themenentfaltung, visuelle Textstruktur, Intertextualität, Metaphorik, Argumentationsstrategien, stillschweigende Vorannahmen sowie Wortbedeutungen. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass sich durch die Berichterstattung im Jahr 2010 das Griechenlandbild in Deutschland innerhalb von nur einem halben Jahr derart verschlechtert hat, dass Forderungen nach einem EU-Austritt Griechenlands ganz selbstverständlich auch in gemäßigten politischen Kreisen erhoben wurden. Dies sei nur möglich, da sich die Medien bewusst an den nationalen und regionalen Zielgruppen orientierten, da sie um ein Rezipientenverhalten wissen, das sich – trotz vielfältiger Angebote im Internet – durch wenig Eigeninitiative auszeichnet.

Wie sehr Griechenland inzwischen als Objekt der Ab- und Ausgrenzung in der EU dient, zeigt auch Daniela Chalániová in dem Sammelband *Constructing and Communicating Europe*. Der Band versammelt vornehmlich Beiträge von Forscherinnen und Forschern von mittel-osteuropäischen Universitäten. Insofern überrascht es kaum, dass hier vor allem Prozesse europäischer Kommunikation, Identitätsbildung und Erinnerungskultur in Ungarn, Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Slowenien und dem westlichen Balkan beleuchtet werden. Die Beiträge sind nicht zuletzt in sprachlicher und analytischer Hinsicht von sehr unterschiedlicher Qualität. Daniela Chalániovás Beitrag ist für den vorliegenden Kontext deshalb von besonderem Interesse, da er in methodisch innovativer Hinsicht der Frage nachgeht, welches Bild durch visuelle Darstellungen in den Printmedien verschiedener Mitgliedstaaten in den Jahren 2008 bis 2012 von Griechenland gezeichnet wurde und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die europäische Identitätsbildung generieren lassen. Dabei zeigt sie mit ihrer Karikaturenanalyse auf, dass die Griechen »emerged as a new Other from within Europe« (S. 46). Interessanter Weise werden in den untersuchten Cartoons stereotype und verunglimpfende Gegenüberstellungen meist in der Weise vorgenommen, dass den vermeintlich archaischen, arbeitsunwilligen und ökonomisch rückständigen Griechen vor allem nationale – und nicht so sehr europäische – Protagonisten des europäischen Krisenmanagements, wie z. B. Angela Merkel als revolutionäre Marianne, Domina oder in Hitler-Ge-

stalt, gegenübergestellt werden. Vor diesem Hintergrund kommt Chaláňová zu dem Schluss, dass »the European Self is not formed clearly, but has to compete with a multitude of national Selves« (S. 47). Auch Karin Liebhart geht in ihrer Analyse der Frage nach, wie ausgewählte Mitgliedstaaten ihre jeweilige Ratspräsidentschaft diskursiv und visuell vermitteln und inwiefern dabei Gemeinsamkeiten bestehen. Im Ergebnis könne weder ein »typical Central European pattern of chairing the Council« (S. 75) noch eine identitätsstiftende Zusammenarbeit dieser Staaten ausgemacht werden.

Der europäischen Identitätsbildung auf Ebene der Bürger und insbesondere von Jugendlichen widmet sich Michael Kelpanides in seiner Monographie *»Politische Union ohne europäischen Demos?«* Gleich im Vorwort hebt der Autor hervor, dass diese bereits 2004/2005 durchgeführte Untersuchung von den realpolitischen Entwicklungen der Finanz- und Wirtschaftskrise überrollt worden sei und eine entsprechende »Neubewertung ihrer Ergebnisse« (S. 24) erforderlich gemacht habe. Dieser Umstand dürfte die eigentümliche Struktur des Bandes in seiner nun vorliegenden Form erklären. Denn die Darstellung der Untersuchungsergebnisse wurde in Form eines weit ausholenden Exkurses zwischen zwei langatmige Abschnitte zur Entstehungsgeschichte der EG und zur Bedeutung einer soziokulturellen Identitätsbildung für das Zusammenwachsen einer »europäischen Gesellschaft« (S. 258) eingefügt. Dabei ist Kelpanides Grundannahme mehr als relevant: ein Wirtschaftssystem wie der Binnenmarkt der EU ist immer »komplexen außerökonomischen Einflüssen« (S. 15) ausgesetzt, zu denen er soziale, sozial-psychologische und kulturelle Faktoren zählt. Seine Studie ist der soziologischen Integrationsforschung zuzurechnen, die den normativen bias des politikwissenschaftlichen Diskurses in erfrischender Weise in Frage stellt. Es ist jedoch die ausladende Darstellung, mit der sich Kelpanides selber ein Bein stellt. Seine Argumentation unterlegt er dabei mit zweifelhaften Autoren, wie Thilo Sarrazin und der FAZ. Inwieweit seine an sich akkurat durchgeführte Umfrage unter den 1.700 Schülern der Sekundarstufe der Europäischen Schule Luxemburg I tatsächlich repräsentativ ist, sei dahingestellt – zumal diese sehr spezielle Form europäischer Identitätsbildung unter »»konstantem« Sozialisationseinfluss« (S. 167) erfolgt. Problematisch sind vielmehr die leitenden Annahmen. In Sarrazinscher Manier werden hier eine Laissez-faire-Erziehung ohne jede Wertorientierung sowie der Verfall eines bildungselitären Anspruches beklagt. Die Wahl einer Europa-Schule als Untersuchungsobjekt scheint da folgerichtig. Denn nur an »den besten Schulen«, »die über ›kulturelles Kapital‹ verfügen«, gelinge es, »Normen und Werte« (S. 60) an Kinder weiterzugeben. So verwundert es kaum, dass der Autor zu dem Ergebnis kommt, dass »Mitgliedsländer, in deren Öffentlichkeit es starke pro-europäische Strömungen gibt, (...) – zumindest vor der Finanzkrise – in der Lage (waren), die vorherrschenden Einstellungen sowie mehr Wissen, Kenntnisse den Jugendlichen einzuflößen (sic!) und Interesse für Europa bei ihnen über die schulische (...) Sozialisation zu stimulieren als Länder, in welchen nationale Orientierungen überwiegen« (S. 164). Angesichts derartiger Feststellungen arten Kelpanides »Schlussbetrachtungen« (S. 461) dann zu einer polemischen Abrechnung mit den griechischen Eliten aus.